

## Auszug aus dem Datenreport 2008

### Kapitel 14 Demokratie und politische Partizipation



# 14 Demokratie und politische Partizipation

## 14.1 Teilnahme am politischen und religiösen Leben

Elle Krack-Rohberg  
Karl Weichs

Ein freier und demokratischer Staat ist auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inwieweit die Menschen ihre durch die Verfassung garantierten Rechte wirklich nutzen und Politik, Wirtschaft oder Kultur mit gestalten – darüber kann die amtliche Statistik wegen der meist sehr komplexen Zusammenhänge nur Anhaltspunkte liefern. Als Ergänzung zu den Daten der amtlichen Statistik werden deshalb an dieser Stelle auch Daten aus zusätzlichen Quellen angeboten.

### 14.1.1 Wahlen

Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei eine zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine gesetzliche Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – auch als Gradmesser für das politische Engagement der Menschen herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 waren 61,9 Mill. Personen wahlberechtigt. Mit 77,7 % lag die Wahlbeteiligung um 1,4 Prozentpunkte unter der von 2002 und 4,5 Prozentpunkte unter der von 1998. Eine ähnlich niedrige Wahlbeteiligung war nur bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 (77,8 %) zu verzeichnen.

Die Wahlbeteiligung lag in acht Ländern über dem Durchschnitt, und zwar in Niedersachsen und im Saarland mit jeweils 79,4 %, in Schleswig-Holstein mit 79,1 %, in Baden-Württemberg, Hessen und in Rheinland-Pfalz mit jeweils 78,7 %, in Nordrhein-Westfalen mit 78,3 % und in Bayern mit 77,9 %. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 71,0 % und 77,5 %, wobei der niedrigste Wert in Sachsen-Anhalt lag. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung unter dem Bundesdurchschnitt. → **Tab. 1**

Während die Wähler mit der Erststimme für 299 Bundestagswahlkreise entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag grundsätzlich die Zweitstimmen ausschlaggebend.

Die SPD, die 2005 34,2 % aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet erzielte, war bei den Zweitstimmen wie bei der Bundestagswahl 2002 stärkste Partei. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002, bei

**Tab. 1: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen**

Wahl	Wahlberechtigte in 1 000	Wahlbeteiligung in %
1949 <sup>1</sup>	31 208	78,5
1953 <sup>1</sup>	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990	60 437	77,8
1994	60 452	79,0
1998	60 763	82,2
2002	61 433	79,1
2005	61 871	77,7

Bis 1987 früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West), ab 1990 Deutschland.

<sup>1</sup> Ohne Saarland.

der ihr Zweitstimmenanteil 38,5 % betragen hatte, verlor sie jedoch 4,3 Prozentpunkte. Stimmenverluste von 8,8 bis 10,6 Prozentpunkten in den neuen Ländern standen Stimmenverluste von lediglich 0,6 bis 5,7 Prozentpunkten (abgesehen vom Saarland mit 12,7 Prozentpunkten) in den alten Bundesländern – verglichen mit der Bundestagswahl 2002 – gegenüber. Die höchsten Verluste musste die SPD in den Ländern Saarland, Brandenburg und Sachsen-Anhalt hinnehmen. Die SPD wurde trotzdem – wie bei der Bundestagswahl

2002 – in allen Ländern außer Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg stärkste Partei.

Die CDU erreichte bei der Bundestagswahl 2005 einen Zweitstimmenanteil von 27,8 %. Sie verlor gegenüber der Bundestagswahl 2002 1,7 Prozentpunkte. Lediglich in den Ländern Schleswig-Holstein (0,4 Prozentpunkte) und Hamburg (0,8 Prozentpunkte) verzeichnete die CDU leichte Gewinne. In allen anderen Bundesländern musste sie Verluste zwischen 0,7 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen und 4,8 Prozentpunkten im Saarland hinnehmen.

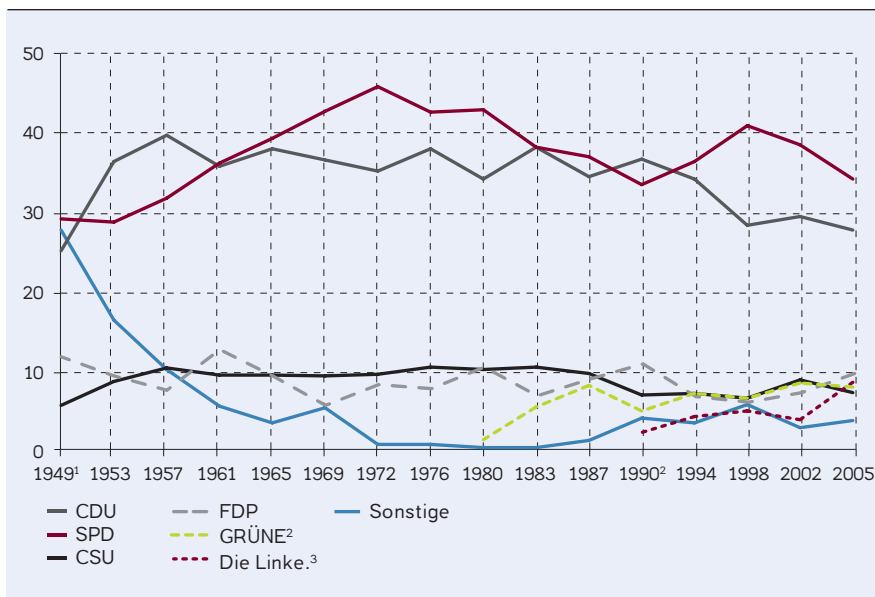
Für die CSU ergab sich bei der Bundestagswahl 2005 ein erheblicher Verlust des Zweitstimmenanteils, und zwar von 58,6 % (2002) auf 49,2 % der in Bayern abgegebenen Stimmen. Damit erzielte die CSU 2005 nur noch 7,4 % aller gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet; ihr Zweitstimmenanteil ging damit gegenüber der Bundestagswahl 2002 um 1,6 Prozentpunkte zurück.

Die GRÜNEN erhielten 2005 8,1 % aller gültigen Zweitstimmen und verloren damit 0,5 Prozentpunkte an Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 2002. Sie hatten aber in sieben Bundesländern Stimmengewinne zu verzeichnen, und zwar zwischen 0,1 Prozentpunkten in Niedersachsen und 0,7 Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt.

Die FDP erreichte 2005 9,8 % der gültigen Zweitstimmen und damit 2,4 Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl 2002. Sie gewann in allen Ländern Zweitstimmenanteile zwischen 0,5 Prozentpunkten (in Sachsen-Anhalt) und genau fünf Prozentpunkten (in Bayern) hinzu.

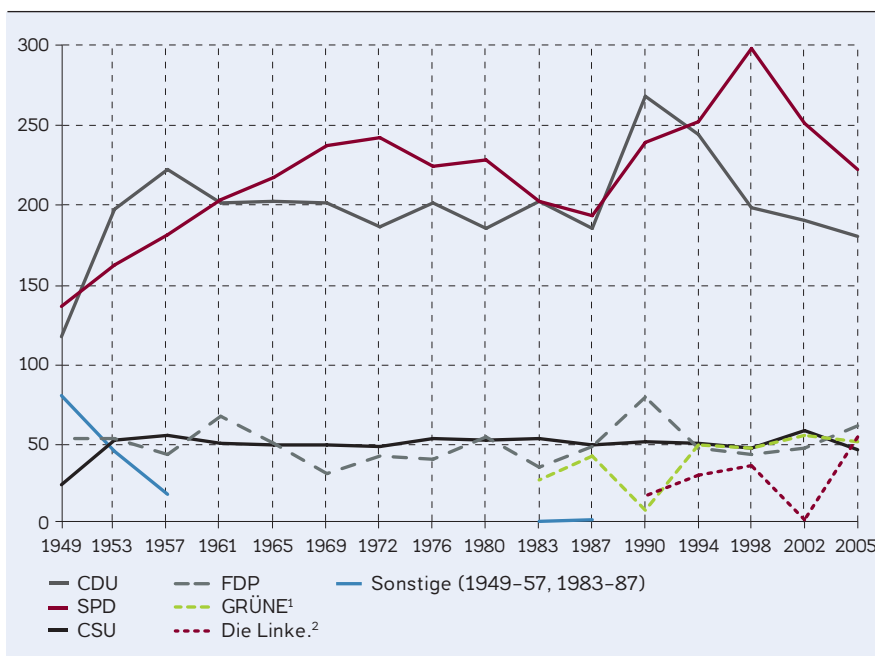
Die Linke. erhielt bei der Bundestagswahl 2005 8,7 % der gültigen Zweitstimmen und schaffte es – anders als 2002 mit einem Zweitstimmenanteil von genau 4 %

**Abb. 1: Stimmanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen, in %**



Seit 1953 Zweitstimmen, bis 1987 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.  
 1 Ohne Saarland.  
 2 Einschl. Bündnis 90/Grüne.  
 3 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

**Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag**



Bis 1987: früheres Bundesgebiet einschl. der Abgeordneten von Berlin-West, ab 1990 Deutschland.  
 1 Einschl. Bündnis 90/Grüne.  
 2 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

– die Sperrklausel (sog. 5 %-Hürde) zu überwinden. Die Linke. konnte in allen Ländern hinzugewinnen, und zwar zwischen 2,7 Prozentpunkten (in Bayern)

und 17,1 Prozentpunkten (im Saarland). Den zweithöchsten Gewinn verzeichnete sie in Sachsen-Anhalt mit 12,2 Prozentpunkten.

Fasst man die Zweitstimmen für die Parteien der großen Regierungskoalition (CDU, CSU und SPD) und die der verbleibenden Parteien (GRÜNE, FDP und Die Linke.) zusammen, ergeben sich für die Koalition 69,4 % und für die verbleibende Opposition 26,6 %. Bei der Bundestagswahl 2002 hatte die Differenz zwischen Koalition (SPD und GRÜNE) und Opposition (CDU, CSU und FDP) 1,2 Prozentpunkte betragen. → **Abb. 1, 2**

Mit der repräsentativen Wahlstatistik, die – seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 – zum zweiten Mal wieder bei einer Bundestagswahl durchgeführt wurde, lässt sich das Wählerverhalten bei einer Bundestagswahl nach Altersgruppen und Geschlecht sowie nach der Struktur der Wähler und Nichtwähler analysieren.

Aus der Untersuchung 2005 geht hervor, dass die Wahlbeteiligung der Frauen bei Bundestagswahlen mit insgesamt 78,1 % geringfügig hinter derjenigen der Männer (78,5 %) zurückblieb. In den Jahren 1953 und 1957 lag sie noch um 3,1 bzw. 3,3 Prozentpunkte niedriger; jedoch haben sich die Werte mit der Zeit angeglichen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die Wahlbeteiligung der Frauen insgesamt sogar um 0,5 % über der Beteiligung der Männer.

Die Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik zeigen, dass die altersspezifischen Abweichungen stärker ausgeprägt waren als die geschlechtsspezifischen. Die niedrigste Wahlbeteiligung, und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen, wurde bei den jungen Wählerinnen und Wählern festgestellt. Ab der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen steigt die Wahlbeteiligung mit dem Alter. In der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen gab es mit 85,0 % die höchste Wahlbeteiligung.

→ **Tab. 2**

Auf Grund der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland haben die Frauen einen besonderen Einfluss auf das Wahlergebnis. Bei der Bundestagswahl 2005 wurden 51,9 % der gültigen Stim-

men von Frauen und 48,1 % von Männern abgegeben. Wie 2002 konnten SPD, CDU, CSU und GRÜNE mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen, bei der FDP, der Partei Die Linke. (früher PDS) und bei den nicht im Parlament vertretenen Parteien überzog dagegen der Anteil der männlichen Wähler.

Frauen wählen die SPD genauso oft wie die Unionsparteien, Männer eher die Unionsparteien. Während bundesweit die SPD und CDU/CSU mit 34,2 bzw. 35,2 % der Zweitstimmen nur einen Prozentpunkt auseinander lagen, erzielten die Unionsparteien bei den Männern mit 34,8 % 2,0 Prozentpunkte mehr als die SPD. Bei den Frauen lag die SPD mit 35,5 % gleichauf mit den Unionsparteien. → **Abb. 3**

Bei der Bundestagswahl 2005 entsprach die Altersverteilung in der Wählerschaft der SPD in etwa der Altersverteilung der Gesamtwählerschaft. Die Unionsparteien dagegen rekrutierten ihre Wählerschaft überproportional aus den Kreisen älterer Wählerinnen und Wählern; 40,8 % von ihnen waren 60 Jahre und älter. In der Wählerschaft der GRÜNEN dominierten die mittleren Altersgruppen; 28,8 % gehörten zur Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen und 27,8 % zu den 45- bis 59-Jährigen. In der Wählerschaft der FDP – verglichen mit den Wahlberechtigten –

waren junge Wähler überdurchschnittlich vertreten. In der Partei Die Linke. dominierten die 45- bis 59-Jährigen mit 33,3 %. → **Tab. 3**

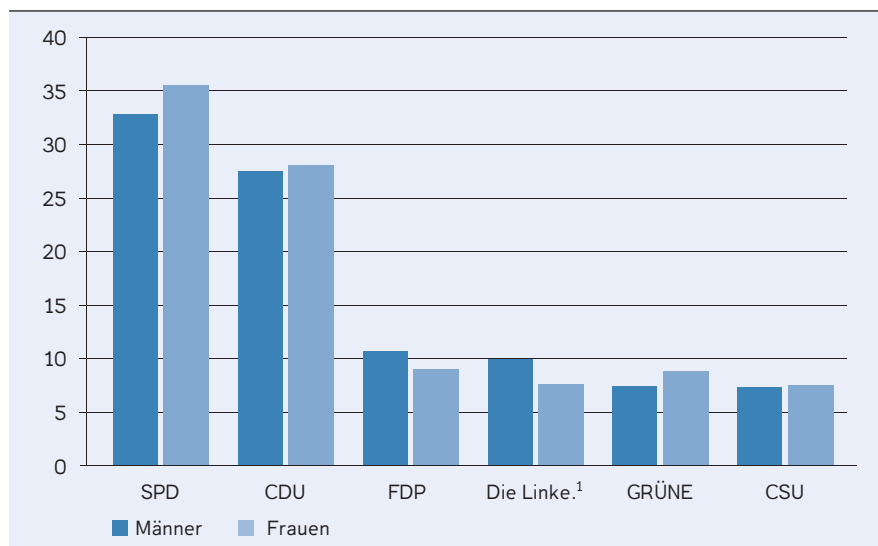
Frauen sind im Deutschen Bundestag noch immer deutlich unterrepräsentiert. Obwohl mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind und der Anteil der weiblichen Abgeordneten in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gestiegen ist, stellen sie im 16. Deutschen Bundestag mit 195 Mandaten nur ein Drittel der 614 Abgeordneten. Im 12. Deutschen Bundestag lag der Frauenanteil noch bei rund 20 %. Die GRÜNEN erreichten mit 56,9 % der Abgeordneten den höchsten Frauenanteil, gefolgt von der Partei Die Linke. (48,1 %), der SPD (36,0 %), der FDP (24,6 %), der CDU (21,1 %) und der CSU (15,2 %). Am 22. November 2005 wurde nach sieben Bundeskanzlern mit Dr. Angela Merkel (CDU) zum ersten Mal eine Frau zur Bundeskanzlerin gewählt.

Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Parlaments lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2005 bei 49,3 Jahren. Die Linke. hatte 2005 sowohl die ältesten männlichen Abgeordneten (Durchschnittsalter: 51,9 Jahren) als auch mit durchschnittlich 44,7 Jahren die jüngsten Parlamentarierinnen von allen im Bundestag vertretenen Parteien.

**Tab. 2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005, nach Geschlecht und Altersgruppen**

Altersgruppen	Wahlberechtigte			Wahlbeteiligung		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	in 1 000	in %				
unter 21	2 385	51,3	48,7	70,0	70,3	69,6
21-24	3 439	50,8	49,2	66,5	66,1	66,9
25-29	4 110	50,7	49,3	70,1	69,0	71,2
30-34	4 104	50,7	49,3	74,5	73,1	75,9
35-39	5 830	50,9	49,1	78,4	77,0	79,9
40-44	6 515	50,8	49,2	79,7	78,8	80,6
45-49	5 843	50,4	49,6	80,2	79,1	81,3
50-59	9 597	49,7	50,3	82,5	81,9	83,1
60-69	9 660	47,8	52,2	85,0	85,5	84,6
70 und mehr	10 387	37,4	62,6	76,7	82,7	73,1
<b>Insgesamt</b>	<b>61 871</b>	<b>47,9</b>	<b>52,1</b>	<b>78,3</b>	<b>78,5</b>	<b>78,1</b>

**Abb. 3: Wahlentscheidung der Männer und Frauen bei der Bundestagswahl 2005, in %**



<sup>1</sup> Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

**Tab. 3: Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 2005, nach Altersgruppen**

Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wähler/-innen im Alter von ... Jahren				
	18–24	25–34	35–44	45–59	60 und mehr
SPD	8,8	11,8	20,3	26,2	32,9
CDU	6,0	10,2	17,8	24,6	41,5
CSU	6,9	11,9	18,6	24,4	38,2
GRÜNE	11,0	16,5	28,8	27,8	16,0
FDP	9,3	16,4	20,6	24,1	29,6
Die Linke. <sup>1</sup>	7,3	10,5	20,4	33,3	28,6
Sonstige	14,3	17,9	24,7	23,5	19,6
dar.: NPD	20,2	19,9	22,9	21,6	15,4
dar.: REP	12,3	18,8	26,9	25,0	17,0
<b>Insgesamt</b>	<b>8,2</b>	<b>12,3</b>	<b>20,4</b>	<b>26,0</b>	<b>33,1</b>

<sup>1</sup> Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

### Landtagswahlen

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt im Vergleich zu Bundestagswahlen niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker ausgeprägt. Die höchste Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen wurde in Schleswig-Holstein mit 66,5 % erreicht; besonders niedrig war sie mit 44,4 % bei der Wahl 2006 in Sachsen-Anhalt. → **Tab. 4**

Allein regiert die CDU im Saarland und in Thüringen, die CSU in Bayern und die

SPD in Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg, Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen regiert die CDU gemeinsam mit der FDP und in Bremen die SPD mit den GRÜNEN. Große Koalitionen regieren in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Schleswig-Holstein. In Hamburg regiert die CDU erstmals mit GRÜNE/GAL. In Berlin ist die SPD zum zweiten Mal mit Die Linke. (früher PDS) eine Koalition eingegangen. In Hessen amtiert eine geschäftsführende Regierung (CDU), da nach den letzten Landtagswahlen

2008 noch keine mehrheitsfähige Koalition gebildet werden konnte.

### Europawahlen

Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährigem Abstand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Im Juni 2004 wurden 732 Abgeordnete (erstmalig auch in den zum 1. Mai 2004 beigetretenen Ländern Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) gewählt. Wie viele Abgeordnete ein Land vertreten, ergibt sich aus Artikel 190 Abs. 2 des EG-Vertrags. Deutschland stehen danach weiterhin 99 Mandate zu. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments setzen sich nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach politischen Richtungen zusammen.

Insgesamt gingen im Juni 2004 rund 160 Mill. Menschen in der EU zur Wahl. Die Wahlbeteiligung ist bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den 61,7 Mill. bundesdeutschen Wahlberechtigten machten am 13. Juni 2004 nur 43 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Dies war ein Rückgang der Wahlbeteiligung um 2,2 Prozentpunkte gegenüber 1999. Wenn man von Belgien, Luxemburg und Griechenland absieht (in diesen Ländern besteht Wahlpflicht), war die Wahlbeteiligung in Malta mit 82,4 %, in Italien mit 73,1 % (1999: 70,8 %) und in Zypern mit 71,2 % am höchsten, während sie in Estland mit 26,8 %, in Polen mit 20,9 % und in der Slowakei mit 17 % am niedrigsten lag. In zehn der übrigen 24 EU-Staaten war die Wahlbeteiligung höher als in Deutschland. Der stärkste Rückgang der Wahlbeteiligung betrug 17,9 Prozentpunkte und wurde in Spanien registriert. Zusammenfassend ist festzustellen, dass lediglich in fünf EU-Staaten die Wahlbeteiligung gegenüber 1999 zwischen 1,7 und 14,8 Prozentpunkten gestiegen, in

**Tab. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen**

	Wahl	Wahlbeteiligung	Stimmen				
			CDU/CSU <sup>1</sup>	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke. <sup>2</sup>
in %							
Baden-Württemberg	2006	53,4	44,2	25,2	10,7	11,7	-
Bayern <sup>3</sup>	2003	57,1	60,7	19,6	2,6	7,7	-
Berlin <sup>4</sup>	2006	58,0	21,3	30,8	7,6	13,1	13,4
Brandenburg <sup>4</sup>	2004 <sup>5</sup>	56,4	19,4	31,9	3,3	3,6 <sup>6</sup>	28,0
Bremen	2007 <sup>7</sup>	57,6	25,7	36,7	6,0	16,5	8,4
Hamburg	2008	63,5	42,6	34,1	4,8	9,6 <sup>8</sup>	6,4
Hessen <sup>4</sup>	2008	64,3	36,8	36,7	9,4	7,5	5,1
Mecklenburg-Vorpommern <sup>4</sup>	2006 <sup>9</sup>	59,1	28,8	30,2	9,6	3,4	16,8
Niedersachsen <sup>4</sup>	2008	57,1	42,5	30,3	8,2	8,0	7,1
Nordrhein-Westfalen	2005	63,0	44,8	37,1	6,2	6,2	0,9
Rheinland-Pfalz <sup>4</sup>	2006	58,2	32,8	45,6	8,0	4,6	-
Saarland	2004	55,5	47,5	30,8	5,2	5,6	2,3
Sachsen <sup>4</sup>	2004 <sup>10</sup>	59,6	41,1	9,8	5,9	5,1	23,6
Sachsen-Anhalt <sup>4</sup>	2006	44,4	36,2	21,4	6,7	3,6	24,1
Schleswig-Holstein <sup>4</sup>	2005 <sup>11</sup>	66,5	40,2	38,7	6,6	6,2	0,8
Thüringen <sup>4</sup>	2004	53,8	43,0	14,5	3,6	4,5	26,1

1 CSU nur in Bayern.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

3 Gesamtstimmen = Erst- und Zweitstimmen.

4 Zweitstimmen.

5 Die DVU erzielte 6,1% der Stimmen.

6 GRÜNE/B 90.

7 Die DVU erzielte 2,7% der Stimmen.

8 GRÜNE/GAL.

9 Die NPD erzielte 7,3% der Stimmen.

10 Die NPD erzielte 9,2% der Stimmen.

11 Der SSW erzielte 3,6% der Stimmen.

allen anderen EU-Staaten jedoch zwischen 0,2 und 17,9 Prozentpunkten gesunken ist. → **Abb. 4**

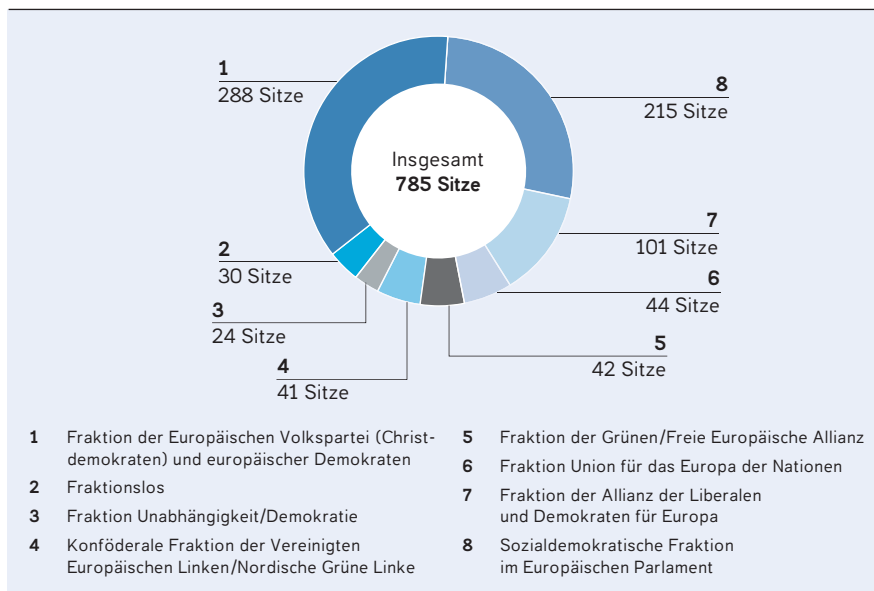
Von den auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden 99 Sitzen erhielt die

CDU 40, die SPD 23, die CSU 9, die GRÜNEN 13, Die Linke. 7 und die FDP 7 Sitze.

Am 1. Januar 2007 traten Bulgarien und Rumänien der EU bei. Dadurch erhöhte

sich die Zahl der Abgeordneten auf 785. Bulgarien hat 18 Sitze und Rumänien 35 Sitze im Europäischen Parlament. In Bulgarien fanden die Wahlen am 20. Mai 2007 und in Rumänien am 25. November 2007 statt.

**Abb. 4: Sitzverteilung im Europäischen Parlament, nach Fraktionen**



- 1 Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
- 2 Fraktionslos
- 3 Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie
- 4 Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

- 5 Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
- 6 Fraktion Union für das Europa der Nationen
- 7 Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
- 8 Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament

Stand: März 2008.

Quelle: Europaparlament.

### 14.1.2 Mitgliedschaft in Parteien

Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz (Artikel 21) haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhängerschaft darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht:

1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland war seit ihrer Gründung vor allem von vier Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern und Freie Demokratische Partei (FDP).

Zu Beginn der 1980er Jahre gelang den GRÜNEN in einer Reihe von Landesparlamenten und von 1983 bis 1990 auch im Bundestag das Eindringen in die bis dahin relativ fest gefügte Parteienlandschaft. Bei der Bundestagswahl 2005 erzielten die GRÜNEN einen Anteil von 8,1 % an den Zweitstimmen. Seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 ist auch Die Linke. (früher PDS) im Deutschen Bundestag vertreten. Nur 1998 und 2005 erreichte sie einen Zweitstimmenanteil von über 5 %. 1990, 1994 und 2002 kam sie aufgrund von Sonderregelungen bzw. Direktmandaten in den Bundestag. Schon immer kandidierten bei Bundestagswahlen auch kleinere Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmenanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundes- und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozentklausel beigetragen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig rund 1,4 Mill. Männer und Frauen das Mitgliedsbuch einer Partei.<sup>1</sup> Das entspricht einem Anteil von rund 2,3 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter und es sind rund ein Drittel weniger als 1990.

Die Partei mit der größten Mitgliedschaft ist die SPD. Bei ihrer Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an.

Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Ihre Mitgliederzahl betrug 1946 rund 711 000. Ende 2007 besaßen rund 540 000 Bürgerinnen und Bürger das Mitgliedsbuch dieser Partei, die 1976 mit 1 022 000 Mitgliedern ihren bisher höchsten Stand erreicht hatte. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedergründung auf 30,9 % Ende 2007.

Im Unterschied zur katholischen Zentrumspartei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus neu gegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wählerinnen und Wähler beider christlicher Konfessionen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landesverband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl der CDU belief sich im Dezember 2007 auf 537 000, von ihnen waren 25,4 % Frauen. Die CSU, deren Mitgliederzahl im Jahr 1946 bei 69 000 lag, hatte Ende 2007 insgesamt 166 000 Mitglieder, darunter 18,8 % weibliche Mitglieder.

Die ebenfalls nach dem Krieg neu gegründete FDP will als liberale Partei besonders die Freiheit jedes Einzelnen in allen Lebensbereichen stärken. Das liberale Manifest von 1985 geht von einem umfassenden Freiheitsbegriff aus. Die FDP will eine Versöhnung von moderner Marktwirtschaft und einer offenen und veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kultur. Ende 2007 hatte die FDP rund 64 000 Parteimitglieder, davon waren 22,8 % Frauen.

Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in »Bürgerinitiativen« engagiert. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler

Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, so z. B. gegen Kernkraftwerke, Autobahnausbau, Müllverbrennungsanlagen. Aus dieser Bewegung sind auch die »grünen« Parteien mit ihren über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. Die GRÜNEN hatten sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als »Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN« zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. 1993 haben sich die GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, ein 1991 entstandener Zusammenschluss der Bürgerbewegung gegen die SED-Regierung in der ehemaligen DDR, zu der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) zusammengeschlossen. Ihre Mitgliederzahl lag Ende 2007 bei rund 44 000, etwa 37,3 % der Mitglieder waren Frauen.

»Die Linke.« (früher PDS) hatte Ende 2006 insgesamt 60 000 Parteimitglieder. Der Frauenanteil lag bei 44,4 %. Bei der letzten Bundestagswahl hatte Die Linke. bundesweit einen Zweitstimmenanteil von 8,7 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 25,3 %. Bei den letzten Landtagswahlen in den neuen Ländern lag der Anteil der Partei Die Linke. mit Ausnahme der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (16,8 %) meist deutlich über 20 %. Im Juni 2007 fusionierte »Die Linke.« mit der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei DIE LINKE. Die fusionierte Linke zählte 2007 rund 72 000 Mitglieder, davon waren etwa 39,2 % Frauen.

### 14.1.3 Religiöses Leben

Die Bevölkerung in Deutschland gehört überwiegend einer der beiden christlichen Volkskirchen an, und zwar je zu knapp einem Drittel der katholischen und der evangelischen Konfession. Eine Minderheit von 2,5 % (rund 2 Mill.)<sup>2</sup> bekennt sich zu anderen christlichen Gemeinschaften, z. B. zu einer orthodoxen Kirche

oder zu einer evangelischen Freikirche. Ein weiteres gutes Drittel (34,5 %) der Bevölkerung gehört einer anderen oder keiner Glaubensgemeinschaft an. **i**

Der Anteil der Katholiken ist regional im Süden und Westen Deutschlands überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Saarland, in Bayern, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen. Im Norden überwiegt dagegen die evangelische Bevölkerung.

2006 gehörten in Deutschland knapp 106 000 Menschen einer jüdischen Gemeinde an. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933 etwa 503 000 Juden ansässig. Die größten jüdischen Gemeinden befinden sich in Berlin und Frankfurt am Main.

Durch den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher in Deutschland kaum vertreten waren, so z.B. der Islam, der im Jahr 2005 in der Bundesrepublik Deutschland schätzungsweise 3,2 Mill. Anhängerinnen und Anhänger hatte.<sup>3</sup>

### **i** Verhältnis von Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Staatskirche. Bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurde das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in umfassender Weise geregelt, ein Teil der Weimarer Kirchenartikel ist als Bestandteil des Grundgesetzes übernommen worden. Die aus den Grundrechtsgarantien folgende Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften ist gewährleistet, jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig. Dennoch bestehen auch heute noch enge Bindungen zwischen Kirche und Staat, und die Volkskirchen genießen weitgehende Rechte, so z.B. das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben oder auf die Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten Einfluss zu nehmen.

**Tab. 5: Katholische Kirche**

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Teilnehmer am sonntäglichen Gottesdienst
in 1000					
1960	24 710	473	214	262	11 895
1970	27 190	370	164	296	10 159
1980	26 720	258	125	288	7 769
1989	26 746	282	113	281	6 092
1990	28 252	300	116	298	6 190
2000	26 817	233	65	269	4 421
2001	26 656	223	54	265	4 248
2002	26 466	213	54	267	4 031
2003	26 165	206	51	274	3 981
2004	25 986	201	49	257	3 849
2005	25 870	196	50	258	3 688
2006	25 685	188	50	253	3 606

Angaben 1960–1989 früheres Bundesgebiet.

Quelle: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

### **Katholische Kirche**<sup>4</sup>

Ende 2006 lebten rund 26 Mill. Katholikinnen und Katholiken in Deutschland. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug damit rund 31,2 % und ist seit 1990 (35,4 %) leicht zurückgegangen.

Die katholische Kirche in Deutschland ist in sieben Erzbistümer und 20 Bistümer gegliedert. Die Zahl der Pfarreien und sonstiger Seelsorgestellen betrug 12 521 in 2006. In der Pfarrseelsorge waren in diesem Jahr rund 8 500 Weltpriester und Ordenspriester tätig; ein Pfarrseelsorger betreut im Durchschnitt 3 000 Gläubige. Wegen Priestermangels können jedoch nicht alle Kirchengemeinden mit einem Priester besetzt werden.

Die Grundstrukturen des katholischen kirchlichen Lebens zeigt die Tabelle 5. Die Teilnahme an den sonntäglichen Eucharistiefiern ging im früheren Bundesgebiet zwischen 1960 und 1989 um 5,8 Mill. Besucherinnen und Besucher oder um fast 49 % zurück. 2006 besuchten rund 3,6 Mill. Menschen die Sonntagsmesse. An Feiertagen oder an den Hochfesten der Kirche ist die Teilnahme an den Eucharistiefiern höher. → **Tab. 5**

Der starke Rückgang bei den kirchlichen Trauungen und Taufen in der katholi-

schen Kirche gegenüber 1960 muss im Zusammenhang mit der allgemeinen Abnahme der Eheschließungen und den geringeren Geburtenzahlen gesehen werden. 2006 wurden laut Geburtenstatistik 253 000 Kinder mit einem oder zwei katholischen Elternteilen geboren und im selben Jahr 188 000 Kinder katholisch getauft. Gemäß Eheschließungsstatistik war bei 162 000 Eheschließungen mindestens ein Ehepartner katholisch, es wurden aber nur 50 000 katholische Trauungen vollzogen. Im selben Jahr sind laut Sterbestatistik 281 000 Katholikinnen und Katholiken verstorben und 253 000 katholische Bestattungen vorgenommen worden.

Zusammenfassend ist die Bereitschaft zur katholischen Taufe – auch wenn hier Taufen nach dem ersten Lebensjahr mitberücksichtigt sind – und zur kirchlichen Bestattung nach wie vor weit verbreitet. Kirchliche Trauungen sind dagegen weniger häufig.

Neben der demografischen Entwicklung wirken sich die Kircheneintritte und -austritte auf die Zahl der Mitglieder aus. Im Jahr 2006 traten rund 84 400 Personen aus der katholische Kirche aus und 16 000 Personen traten ein bzw. wurden wieder aufgenommen.

**Tab. 6: Evangelische Kirche**

Jahr	Mitglieder	Taufen <sup>1</sup>	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Abendmahls-gäste
1963	28 796	476	204	330	7 727
1970	28 378	346	156	369	6 813
1980	26 104	222	94	347	9 056
1989	25 132	252	101	321	9 569
1990	25 156	257	104	327	9 391
2000	26 614	230	70	331	10 722
2001	26 454	224	59	323	10 587
2002	26 211	213	59	323	10 595
2003	25 836	205	56	327	10 687
2004	25 630	204	55	309	10 899
2005	25 386	200	56	311	10 676
2006	25 101	189	55	310	10 678

Ohne evangelische Freikirchen. – Angaben 1963–1990 früheres Bundesgebiet.

1 Ohne Erwachsenentaufen.

Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) – Referat Statistik, Hannover.

### Evangelische Kirche<sup>5</sup>

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfasste Ende 2006 25,1 Mill. Mitglieder. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 30,5 %. Im Jahre 1990 lag dieser Anteil noch bei rund 36,9 % und ist seitdem kontinuierlich zurückgegangen.

In den 23 Gliedkirchen der EKD waren Ende 2005 insgesamt 22 600 Theologinnen und Theologen im aktiven Dienst tätig. Im Gemeindedienst in Deutschland standen 14 700 Pfarrerinnen und Pfarrer. Auf einen Gemeindepfarrer entfielen damit im Durchschnitt rund 1 700 Kirchenmitglieder, im Jahre 1964 waren es noch durchschnittlich knapp 2 500.

Im Jahre 2006 standen in den Gliedkirchen der EKD 189 000 evangelische Kindertaufen 232 000 Neugeborene mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen gegenüber. Hierbei ist zu beachten, dass die »Spättaufen« eingerechnet sind, d.h. Taufen von Kindern im Alter von ein bis dreizehn Jahren. Im selben Jahr wurden laut Eheschließungsstatistik 165 000 Ehen mit mindestens einem evangelischen Ehepartner geschlossen und 55 000 Trauungen evangelisch vollzogen. Von den gemäß Sterbestatistik 345 000 registrierten Sterbefällen evangelischer Personen wur-

den 338 000 auch evangelisch bestattet. Während die kirchliche Bestattung und die Taufe verbreitet bleibt, wird – wie auch bei den Katholiken – die kirchliche Trauung weniger praktiziert.

Insgesamt nahmen 2006 in der evangelischen Kirche in Deutschland rund 10,7 Mill. Personen an Abendmahlsfeiern in der Kirche und bei Haus- und Krankenabendmahlsfeiern teil. Die Beteiligung am Abendmahl nahm in den westlichen Gliedkirchen von 1972 bis 1985 bedeutend zu und ging danach bis 2006 um 13 % zurück. In den östlichen Gliedkirchen und in Deutschland insgesamt war 1997 bis 2006 nur ein leichter Rückgang der Anzahl der Abendmahlsgäste erkennbar. → Tab. 6

Im Jahr 2006 betrug die Zahl der Kirchengaustritte 122 000. Zum Teil werden diese von den 63 500 Aufnahmen in die evangelische Kirche in 2006 kompensiert, deren Zahl auch Übertritte, Wiederaufnahmen und Erwachsenentaufen beinhalten.

### 14.1.4 Zusammenfassung

Fast bei allen Wahlen war eine abnehmende Wahlbeteiligung festzustellen. Bei

der Bundestagswahl 2005 war die niedrigste Wahlbeteiligung (77,7 %) seit Bestehen der Bundesrepublik zu beobachten. Bei einigen Landtagswahlen ging die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen sogar um über zehn Prozent zurück (z. B. 2006 in Berlin oder Sachsen-Anhalt). Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung bei den unter 30-Jährigen. Bei der letzten Bundestagswahl lag sie bei 68,8 % (Westdeutschland 69,7 %, Ostdeutschland 65,7 %). Die Mitgliederzahl der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nahm von 1990 bis 2006 um rund ein Drittel ab. Sie betrug 1990 noch 2,3 Mill., 1995 1,9 Mill., 2000 1,7 Mill. und lag 2007 nur noch bei rund 1,4 Mill.

Nicht nur die Mitgliederzahlen der Parteien nehmen ab. Auch die beiden großen Kirchen verlieren weiter an Mitgliedern. Allerdings sind Taufen und kirchliche Bestattungen nach wie vor weit verbreitet. Dagegen sind kirchliche Hochzeiten seltener geworden. Nur ca. ein Drittel der Eheschließungen, bei denen ein oder beide Partner der Evangelischen oder Katholischen Kirche angehören, fanden in einer Kirche statt.

1 Angaben jüngerer Datums zur Parteimitgliedschaft nach Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland, Vorabversion 2008.

2 Zahlen nach Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienst e. V. (REMID).

3 Zahlen nach Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland e. V.

4 Quelle: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

5 Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland.

Demokratie sichert den Bürgern das Recht auf politische Selbstbestimmung. Durch Wahlen bestimmen sie ihre politischen Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. In welchem Maße sich die Bürger engagieren und in welchem Ausmaß es einer Demokratie gelingt, Bürger in das politische Geschehen einzubeziehen, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Funktionsweise einer Demokratie. In diesem Zusammenhang spricht man auch von politischer Integration. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln« anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Die Frage, wie viel Bürgerbeteiligung eine Demokratie braucht, bleibt offen und ist letztlich nur normativ zu beantworten.

Man kann jedoch davon ausgehen, dass es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß politischer Integration der Bürger zurückfällt oder sich starke regionale oder soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik zeigen. Die Debatten über die »Mitgliederkrise« der Großorganisationen sowie über Politik- und Parteienverdrossenheit legen es nahe, danach zu fragen, ob sich die Bürger heute weniger politisch beteiligen als früher. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die jüngeren Altersgruppen und ihr »Hineinwachsen« in die Demokratie von Interesse. Und, auch noch mehr als 15 Jahre nach der deutschen Vereinigung stellt sich die Frage, ob die Bürger in den neuen Bundesländern in vergleichbarer Weise wie die der alten Bundesländer politisch integriert sind und in ähnlicher

Stärke Zugang zum politischen Willensbildungsprozess suchen.

### 14.2.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Ausmaß, in dem sich die Bürger für Politik interessieren, ist ein wichtiger Gradmesser, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen. Das politische Interesse ist ein guter Indikator dafür, ob das politische Geschehen von den Bürgern als etwas betrachtet wird, das für sie wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls auch dafür zu engagieren. Das politische Interesse der Bürger wird durch die einfache Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst. In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. Im Zeitraum um die Vereinigung Deutschlands war er am höchsten. Zwischen 1980 und 2006 lag der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren in Westdeutschland bei 30 %, 1969 waren es lediglich 18 % gewesen. Langfristig gesehen sind heute also mehr Bürger am politischen Geschehen interessiert als noch vor gut drei Jahrzehnten.

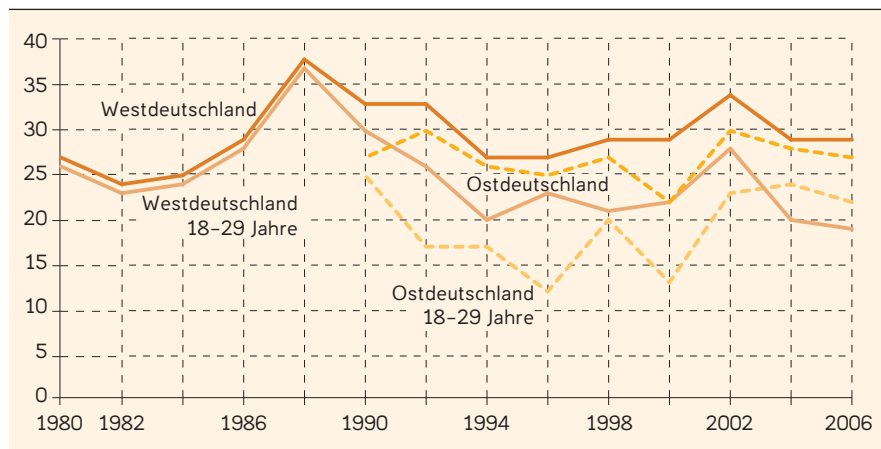
Allerdings hat das Interesse an der Politik nach dem Jahr der deutschen Vereinigung deutlich nachgelassen und war Mitte der 1990er Jahre fast auf das Niveau der frühen 1980er Jahre abgesunken. Zwischen 1994 und 2002 stieg das politische Interesse insbesondere in den alten Bundesländern wieder an, sank 2004 jedoch wieder ab und hat sich seitdem nicht stark

verändert. In Ostdeutschland sind im Durchschnitt etwas weniger Bürger stark oder sehr stark an Politik interessiert als in Westdeutschland.

Deutlicher ist der Unterschied im Ausmaß des politischen Interesses zwischen den jüngeren und älteren Bürgern, der in West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu beobachten ist. Unter den bis 29-Jährigen finden sich weit weniger politisch Interessierte als unter denjenigen, die 30 Jahre und älter sind. Dieser Unterschied zwischen den Altersgruppen existiert seit 1991. Davor war das Interesse der Jüngeren nur unmaßgeblich geringer ausgeprägt. Das Interesse an der Politik bei den 18- bis 29-Jährigen liegt deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt und hat vergleichsweise stärker abgenommen. In Westdeutschland öffnete sich diese Schere sehr rasch zwischen 1991 und 1992. Im Durchschnitt der Bevölkerung liegt der Anteil der stark oder sehr stark Interessierten seitdem etwa sieben Prozentpunkte höher als bei den 18- bis 29-Jährigen. Eine ähnliche Entwicklung ist in Ostdeutschland zu konstatieren. 2002 hatte sich der Abstand zwischen dem Bevölkerungsdurchschnitt und den jüngeren Bevölkerungsgruppen zwar verringert, danach ist er jedoch wieder gewachsen. 2006 lag der Anteil der politisch Interessierten in den alten Bundesländern zehn Prozentpunkte unter dem der älteren Bevölkerungsgruppen. Das ist die größte Kluft, die in Westdeutschland bisher festzustellen war. Sie ist größer als die zwischen den jüngeren und älteren Bevölkerungsgruppen in Ostdeutschland. Mehr noch, der Anteil der politisch Interessierten unter den Jüngeren ist in Westdeutschland seit 2004 niedriger als in Ostdeutschland. → **Abb. 1**

In Bezug auf die Wahlbeteiligung ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Zum einen war die Wahlbeteiligung bei den

**Abb. 1: Politisches Interesse in der Bundesrepublik, in %**



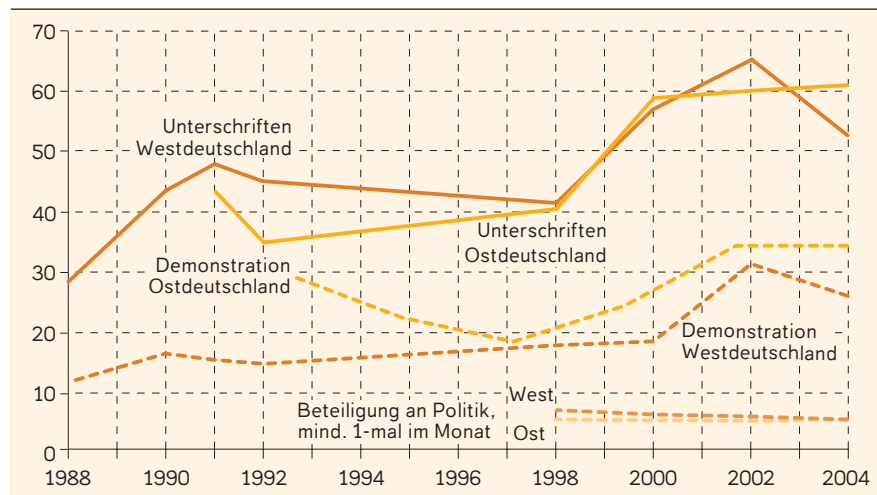
Datenbasis: ALLBUS 1980-2006.

Bundestagswahlen von 1990 bis 2005 niedriger als bei allen Bundestagswahlen seit 1953. Bis 1983 betrug sie immer – zum Teil erheblich – mehr als 85 %. Bei den letzten fünf Bundestagswahlen seit 1990 lag die Wahlbeteiligung viermal unter 80 %, nur 1998 waren es 82,2 %. Zum anderen ist sie bei den Erst- (18 bis 20 Jahre) und Jungwählern (21 bis 25 Jahre) sogar stärker abgesunken als im Durchschnitt. Nur die hier als Jungwähler bezeichnete Altersgruppe lässt sich seit 1961 beobachten, da die Volljährigkeit und damit die Wahlberechtigung mit 18 Jahren erst seit 1972 gelten. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung der Jungwähler lag, mit kleineren Schwankungen zwischen 1961 und 1983, etwa 8,6 Prozentpunkte unter dem Gesamtdurchschnitt. 1987 lag sie bereits zehn Prozentpunkte darunter, seitdem immer deutlich mehr als zehn Prozentpunkte unter der Gesamtwahlbeteiligung (Weiteres siehe Kap. 14.1.1).

Bürger können neben institutionellen Formen der Beteiligung, wie z. B. Wahlen, auch Formen nicht institutionalisierter Beteiligung wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Proteste und Boykotts nutzen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen und am politischen Leben teilzuhaben. Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er Jahre kontinuierlich zu-

genommen. In diesem Zusammenhang ist von einer »partizipatorischen Revolution« gesprochen worden, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien neue Formen der Beteiligung als normale politische Handlungsformen etablierten. Die Anteile derjenigen, die angeben, an den beiden häufigsten Formen der so genannten »unkonventionellen« politischen Beteiligung, der Beteiligung an Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, mitgewirkt zu haben, sind in den 1990er Jahren recht stabil und steigen am Anfang des neuen Jahrtausends sogar an. Zwischen 40 und 50 % gaben in den 1990er Jahren an, sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt

**Abb. 2: Politische Beteiligung, in %**



Datenbasis: ALLBUS 1988-2004.

zu haben. Seit 2000 liegen die Anteile immer deutlich über 50 %. An Demonstrationen hatten in den 1990er Jahren etwa 20 % der Bevölkerung teilgenommen, 2002 waren es sogar über 30 %. In Ostdeutschland sind die Zahlen weiter angestiegen und erreichen 2004 mit 45 Prozent einen bisherigen Höchststand, in Westdeutschland sind sie zwischen 2002 und 2004 etwas gesunken.

Im Unterschied zur Dynamik der Entwicklung bei der Nutzung nicht institutionalisierter Formen der politischen Beteiligung ist die Häufigkeit, mit der Bürger sich in der Politik beteiligen, nahezu konstant. 1998 wie 2004 geben zwischen fünf und sieben Prozent der Bürger an, mindestens einmal im Monat politisch aktiv zu sein, sei es in Parteien, der Kommunalpolitik, in Bürgerinitiativen oder anderen Zusammenhängen. Ein Unterschied zwischen Ost und West ist in der Häufigkeit der Beteiligung nicht festzustellen. → Abb. 2

Die auf Altersgruppen bezogenen Unterschiede weisen bei den nicht-institutionalisierten Formen der Beteiligung ein im Vergleich zum politischen Interesse oder zur Wahlbeteiligung umgekehrtes Gefälle auf: Es sind vor allem die Jüngeren, die sich dieser Formen der Partizipation bedienen. Die Altersgruppenunterschiede

sind jedoch in den vergangenen Jahrzehnten immer geringer geworden. Das liegt nicht an einem generellen Rückgang, sondern daran, dass auch Bürger älterer Altersgruppen diese Beteiligungsformen für sich entdeckt haben. Die nicht institutionalisierten Formen politischer Aktivität haben inzwischen ihren Ruf, unkonventionell zu sein, verloren und sind für alle zu einer normalen Form der Artikulation geworden.

#### 14.2.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind häufig durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen setzen sich auf verschiedenem Wege für die Anliegen ihrer Mitglieder ein, zum Beispiel durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit im Allgemeinen. Politische Parteien sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems.

Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht-institutionalisierter Beteiligung, die für den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind.

Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies zunächst ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Geschieht dies jedoch in

**Tab. 1: Mitgliedschaft in Organisationen, 1976–1998**

	Westdeutschland					Ostdeutschland	
	1976	1980	1986	1992	1998	1992	1998
	in %						
<b>Arbeit und Wirtschaft</b>							
<b>Gewerkschaften (total)</b>	<b>17</b>	<b>16</b>	<b>15</b>	<b>16</b>	<b>13</b>	<b>27</b>	<b>15</b>
DGB	13	13	14	14	9	25	14
DAG	4	3	2	2	4	3	1
CGB	0	–	0	0	0	0	0
Beamtenbund	3	2	2	2	2	1	0
<b>Berufsverbände</b>							
Selbständige, freiberuflich	–	–	1	1	1	1	2
Andere	4	3	5	5	5	5	3
ULA, leitende Angestellte	–	–	0	0	1	0	0
Bauernverband	2	1	1	1	1	0	0
Gewerbeverband	2	1	2	1	2	2	2
Wirtschafts- und Arbeitg.-Verband	1	1	0	0	1	0	0
<b>Politisch oder wertgebunden</b>							
Bürgerinitiativen	1	1	1	1	2	0	1
Politische Parteien	6	5	4	4	3	3	2
Andere politische Vereinigung	–	0	0	1	2	0	1
Religiöse Organisationen	5	6	6	6	3	2	1
<b>Soziales</b>							
Vertriebenenverband	2	1	1	1	1	0	1
Sozial- oder Wohlfahrts-Verband	2	3	4	3	4	1	1
Jugendorganisation	2	1	1	1	1	1	0
<b>Freizeit</b>							
Gesangsverein	6	7	6	6	6	2	2
Sportverein	22	23	29	30	28	10	12
Heimat-Verein	7	6	6	5	6	1	1
Sonstige gesellige Vereine (Kegelclub usw.)	–	11	8	5	7	1	3
Andere Freizeitvereine	–	5	5	8	11	3	4
Andere Organisationen	11	10	13	11	6	8	6
<b>Mitglieder insgesamt</b>	<b>54</b>	<b>59</b>	<b>63</b>	<b>63</b>	<b>59</b>	<b>53</b>	<b>41</b>
Mitgl. in Interessengruppen	32	29	31	31	31	40	25
Mitgl. in Freizeitvereinen	29	39	42	43	43	16	20
Mitgl. nur in Freizeitvereinen	16	24	26	27	26	9	12
<b>N = 100 Prozent</b>	<b>2 036</b>	<b>2 955</b>	<b>3 070</b>	<b>2 308</b>	<b>2 070</b>	<b>1 141</b>	<b>1 012</b>

– nicht gefragt

»Andere politische Vereinigung«: ALLBUS 1980–1992 Nennungen »Menschenrechtsverein«, »politischer Verein«, »Minderheitengruppe«, »internationale Beziehungen« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen«, entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen, ALLBUS 1998 Kategorie »alternative politische Gruppe«. 1980–1992 Nennungen »Berufsverbände«, »Berufsvereine« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen« wurden der Kategorie »Berufsverbände, - andere« zugeordnet und entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen.

Datenbasis: ZUMA-Bus 1 1976 (ungewichtet); 1980, 1986 und 1992 aus kumuliertem ALLBUS (bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet), ALLBUS 1998; jeweils erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in Privathaushalten.

großem Umfang, weist es darüber hinaus auch auf generelle Probleme der Interessenvermittlung in einem politischen Gemeinwesen hin.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich die alte Bundesrepublik durch einen mittleren Organisationsgrad von 55 bis 60 % aus, wenn alle Organisationen, sowohl

Interessengruppen als auch Freizeitvereinigungen, betrachtet werden. In Westeuropa sind nur die Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder stärker organisiert. Der Anteil der Bürger, die Mitglieder in Interessengruppen im engeren Sinne waren, lag zwischen 1986 und 1998 in den alten Bundesländern relativ konstant bei etwa 30 %. Demgegenüber ist im selben Zeitraum der Anteil der Bevölkerung, der in Freizeitorganisationen, allen voran den Sportvereinen organisiert ist, von 29 % auf 43 % gestiegen. Der Anteil derjenigen, die nur in Freizeitvereinigungen Mitglied sind, hat sich von knapp 16 auf 26 % erhöht.

In den neuen Bundesländern lag 1992 der Anteil derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, noch neun Prozentpunkte über dem Anteil in Westdeutschland, der Anteil der Mitglieder in Freizeitvereinigungen dagegen 26 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt. Bezogen auf die Mitgliedschaft in Interessengruppen hat es in Ostdeutschland eine dramatische Entwicklung gegeben, die vor allem zu Lasten der Gewerkschaften gegangen ist. Zwischen 1992 und 1998 ist der Prozentsatz derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, von knapp 40 auf 25 % zurückgegangen. Im Freizeitbereich lässt sich in Ostdeutschland eine kleine Steigerung der Mitgliederanteile um drei Prozentpunkte feststellen. Relativ gesehen haben sich also politikbezogene und freizeitbezogene Mitgliedschaften auseinander entwickelt. Interessengruppen konnten an dem Aufwärtstrend der Mitgliedschaften generell nicht teilhaben. → **Tab. 1**

Jüngere Daten für die Jahre 2002 und 2006 weisen allerdings darauf hin, dass inzwischen auch Freizeitorganisationen von einem Mitgliederschwund betroffen sind. Sportvereine verweisen seit längerer Zeit auf diese Entwicklung und die damit entstehenden Probleme, die nicht nur finanzieller, sondern auch sozialer Art seien, da die Mitgliedschaft in Vereinen gemeinschaftsbildend und integrierend wirke.

**Tab. 2: Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen 2002**

Organisation im Bereich	Mitgliedschaft			An Aktivität teilgenommen		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
	in %					
<b>Arbeit und Wirtschaft</b>						
Gewerkschaft	14	14	14	3	3	4
Wirtschafts-, Berufs- oder Bauernverband	9	10	5	3	4	2
<b>Politisch oder wertgebunden</b>						
Politische Partei	3	4	2	4	4	3
Religiös oder kirchlich	19	21	12	9	10	5
Humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Minderheiten, Immigranten	6	6	3	3	3	2
Umweltschutz, Frieden, Tierschutz	6	7	3	4	4	2
<b>Sonstige</b>						
Verbraucherschutz, Automobilklub	28	29	27	1	1	1
Wissenschaft, Bildung, Lehrer oder Eltern	6	6	4	5	5	3
Andere	7	7	7	4	4	3
<b>Freizeit</b>						
Sportverein, Aktivitäten im Freien	32	35	21	21	22	14
Kulturelle oder Freizeitaktivitäten	17	18	12	14	15	11
Hobby und Freizeit	13	14	12	10	11	9
<b>Mind. 1-mal Mitglied/aktiv</b>						
Alle gelisteten	71	73	64	44	47	34
Ohne Verbraucherschutz, Automobilklub, Wissenschaft, Bildung	65	67	56	43	45	33
<b>Interessengruppen insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>40</b>	<b>43</b>	<b>31</b>	<b>18</b>	<b>20</b>	<b>12</b>
Freizeitorgan. insgesamt <sup>2</sup>	45	48	34	33	35	25
<b>N = 100 Prozent</b>	<b>2919</b>	<b>1831</b>	<b>1088</b>	<b>2919</b>	<b>1831</b>	<b>1088</b>

1 Interessengruppen: Bereiche »Arbeit und Wirtschaft«, »politisch oder wertgebunden«.

2 Freizeit: Bereich »Freizeit«.

Datenbasis: European Social Survey, 1. Welle, 2002/2003, deutscher Studienteil; Deutschland gesamt designgewichtet.

Obwohl die Anteile der Bürger, die in Interessengruppen oder Freizeitorganisationen Mitglied sind, zwischen 2002 und 2006 gefallen sind, hat sich das nicht in gleicher Weise auf das freiwillige Engagement der Bürger ausgewirkt. Grundsätzlich sind freiwillige Aktivitäten im Freizeitbereich weitaus häufiger als im Bereich der Interessengruppen. Während im Freizeitbereich etwa drei Viertel der Mitglieder auch für den Verein aktiv wird, ist

dies im Bereich der organisierten Interessen im Durchschnitt allenfalls für die Hälfte der Fall. Die Unterschiede zwischen den Organisationen sind allerdings beträchtlich. Der von vielen Freiwilligen beklagte Trend zum Rückzug aus der Aktivität lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht bestätigen, wohl aber ein Rückgang formaler Mitgliedschaften in Organisationen. Die so genannte Mitgliederkrise hält an. → **Tab. 2, 3**

Auch bei den Gewerkschaften hat sich der Mitgliederrückgang fortgesetzt. Der massive Rückgang der Mitgliederanteile an der erwachsenen Bevölkerung in den Jahren 1992 bis 1998 hat sich zwar deutlich abgeschwächt, aber seit 2002 langsam weiter fortgesetzt. Die durchschnittlichen Organisationsgrade unterscheiden sich zwischen Ost- und Westdeutschland kaum noch. Allerdings gibt es nach wie vor eine deutliche Kluft zwischen der jüngeren Bevölkerung der 18- bis 29-Jährigen und dem Durchschnitt. Die Jüngeren sind deutlich seltener gewerkschaftlich organisiert. Diese Entwicklung verläuft in Ostdeutschland kontinuierlich und rapide, in Westdeutschland ist die Lücke zwischen dem Bevölkerungsdurchschnitt und den Jüngeren nicht weiter aufgegangen.

➔ Abb. 3

Mitgliederrückgänge verzeichnen auch die politischen Parteien. Wenn sich aus den Umfragedaten kein eindeutiger Trend ableiten lässt, hat das vor allem damit zu tun, dass die Zahl der Parteimitglieder in repräsentativen Umfragen naturgemäß sehr klein ist und damit die Messfehler recht groß sind. Anhand der von den Parteien berichteten Mitgliederzahlen lässt sich aber eine ähnlich negative Entwicklung wie bei den Gewerkschaften beobachten. 1990 waren noch 3,8 % der Wahlberechtigten in politischen Parteien organisiert, 2007 waren es nur noch 2,3 %. In absoluten Zahlen haben die Parteien zwischen 1990 und 2007 etwa 865 000 Mitglieder verloren. Das entspricht fast 38 % der Mitgliedschaft des Jahres 1990 (vgl. auch 14.1.2).

➔ Abb. 4

### 14.2.2 Zusammenfassung

Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die traditionellen, institutionalisierten Formen der Beteiligung in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist. Die Politik findet nicht mehr so viel Interesse bei den Bürgern wie noch 1990;

**Tab. 3: Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen 2006**

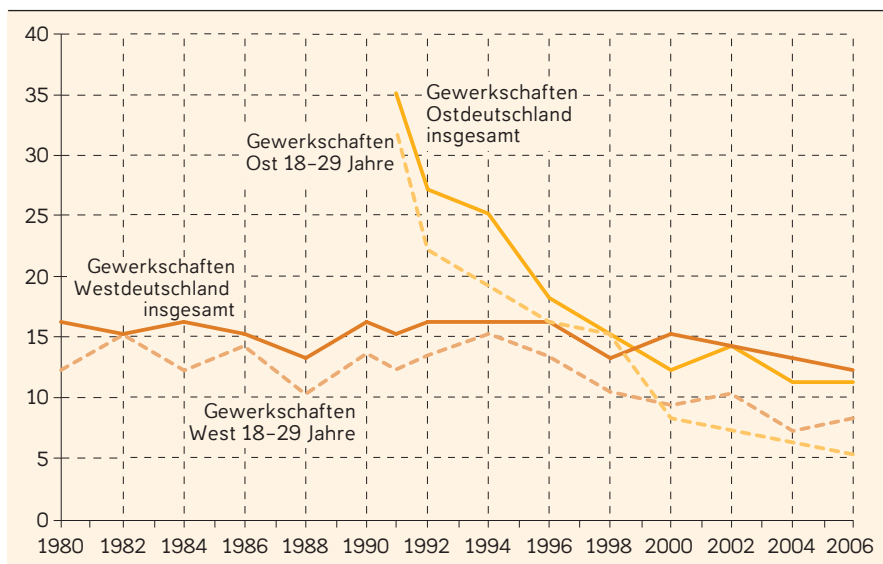
Organisation im Bereich	Mitgliedschaft			An Aktivität teilgenommen		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
in %						
<b>Arbeit und Wirtschaft</b>						
Gewerkschaft	9	10	7	4	4	3
Wirtschafts-, Berufs- oder Bauernverband	7	7	5	3	3	3
<b>Politisch oder wertgebunden</b>						
Politische Partei	2	2	2	2	2	2
Religiös oder kirchlich	19	21	12	11	12	6
Humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Minderheiten, Immigranten	5	5	3	7	8	5
Umweltschutz, Frieden, Tierschutz	5	5	3	6	7	5
Sonstige Interessengruppen	9	9	10	8	7	9
<b>Freizeit</b>						
Sportverein, Aktivitäten im Freien	26	28	18	20	21	17
Kulturelle oder Freizeitaktivitäten	15	16	11	20	20	17
Hobby und Freizeit	12	12	10	11	11	11
<b>Mind. 1-mal Mitglied/aktiv</b>						
Alle gelisteten	56	58	47	42	43	36
Interessengruppen insgesamt <sup>1</sup>	35	38	25	21	22	15
Freizeitorganisat. insgesamt <sup>2</sup>	37	39	28	33	34	28
<b>N = 100 Prozent</b>	<b>2 916</b>	<b>1 901</b>	<b>1 015</b>	<b>2 916</b>	<b>1 901</b>	<b>1 015</b>

1 Interessengruppen: Bereiche »Arbeit und Wirtschaft«, »politisch oder wertgebunden«.

2 Freizeit: Bereich »Freizeit«.

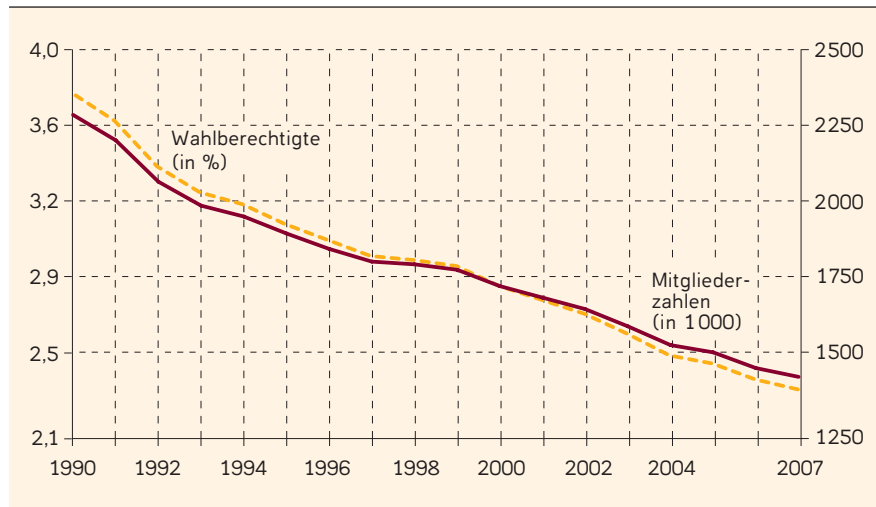
Datenbasis: European Social Survey, 3. Welle, 2006/07, deutscher Studienteil, Deutschland gesamt designgewichtet.

**Abb. 3: Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaft im Zeitverlauf, in %**



Datenbasis: ALLBUS 1980-2006.

**Abb. 4: Wahlberechtigte und Parteimitglieder im Zeitverlauf**



Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland, 2008.

Interessengruppen und Parteien verlieren an Mitgliederattraktivität. In jüngster Zeit scheinen davon auch die Freizeitorganisationen nicht verschont zu sein. Andererseits haben nicht institutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren. Politik spielt für die Bürger nach wie vor eine große Rolle, ein vollständiger Rückzug findet nicht statt. Dass jedoch die traditionellen Formen der Politik und politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik gerade bei den Jüngeren und den Bürgern Ostdeutschlands abgeschwächt hat, sollte als Warnsignal beachtet werden.

## 14.3 Einstellungen zur Demokratie

Dieter Fuchs  
Edeltraud Roller

Eine wichtige Voraussetzung für die Stabilität und Qualität einer demokratischen Herrschaftsordnung ist die Unterstützung der Demokratie durch ihre Bürger sowie das Vorliegen einer nationalen Identität. Die Unterstützung der Demokratie kann sich auf drei Aspekte beziehen: auf die Demokratie als Staatsform allgemein, auf die Form der Demokratie in einem Land, so wie sie durch die Verfassung festgelegt ist, und auf das Funktionieren der Demokratie in diesem Land.

### 14.3.1 Unterstützung der Demokratie als Staatsform

In Westdeutschland wird sowohl im Jahr 2000 als auch im Jahr 2005 von der ganz überwiegenden Mehrheit der Bürger die Demokratie als die beste Staatsform bezeichnet. Nur eine ganz kleine Minderheit sieht eine andere Staatsform als besser an, wobei in der Frage ganz bewusst offen gelassen ist, um was für eine Staatsform es sich dabei handeln könnte. Auch in Ost-

deutschland wird die Demokratie von einer klaren Mehrheit als die beste Staatsform angesehen. Allerdings sind es 2005 immerhin 22 % der Bürger, die meinen, dass es eine andere Staatsform gibt, die besser ist. → Tab. 1

Im Westen wird auch die Demokratie in Deutschland als die beste Staatsform eingeschätzt. Im Jahre 2000 liegt die Zustimmung bei 80 % der Bürger, dann sinkt die Unterstützungsrate etwas ab, um im Jahr 2006/07 wieder anzusteigen. In diesem Jahr sind 89 % der Bürger der Meinung, dass die Demokratie in Deutschland die beste Staatsform ist. Im Osten sahen 2000 nur 49 % die Demokratie in Deutschland als die beste Staatsform an, im Jahre 2005 sank diese Zustimmung noch weiter ab, um 2006/07 auf 63 % anzusteigen.

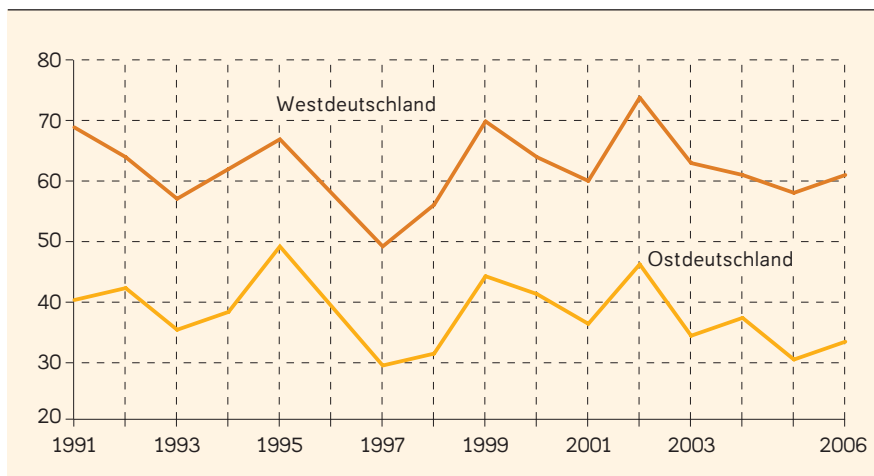
Nach diesen empirischen Befunden wird im Jahre 2006/07 sowohl die Demokratie allgemein als auch die Demokratie in Deutschland von einer klaren Mehrheit der Bürger als die beste Staatsform angesehen. Dies gilt sowohl in den westlichen als auch in den östlichen Bundesländern, auch wenn die Unterstützung im Osten etwas geringer ausgeprägt ist.

**Tab. 1: Demokratie als Staatsform, 2000–2006/07**

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2000	2005	2006/07	2000	2005	2006/07
	in %					
»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«	92	85	-	78	64	-
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	3	6	-	8	22	-
»Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.«	80	71	89	49	38	63
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	9	17	3	27	41	12

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 2000; Bürger und Gesellschaft 2005; European Social Survey – Deutsche Teilstudie 2006/07.

**Abb. 1: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, in %**



Datenbasis: Eurobarometer.

### 14.3.2 Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Ein etwas anderes Bild zeigt sich bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Diese Einstellung bezieht sich im Unterschied zur Form der Demokratie, so wie sie in der Verfassung festgelegt ist, auf die Wirklichkeit der Demokratie. Es geht dabei also nicht um die Verfassungsnorm, sondern um die Verfassungswirklichkeit. Bei der Beurteilung der Verfassungswirklichkeit spielen das

Funktionieren der institutionellen Mechanismen (z. B. der Austausch von Regierung und Opposition, Gewährleistung der Gleichheit vor dem Gesetz), die Handlungen der Regierenden und die Ergebnisse dieses Handelns eine Rolle.

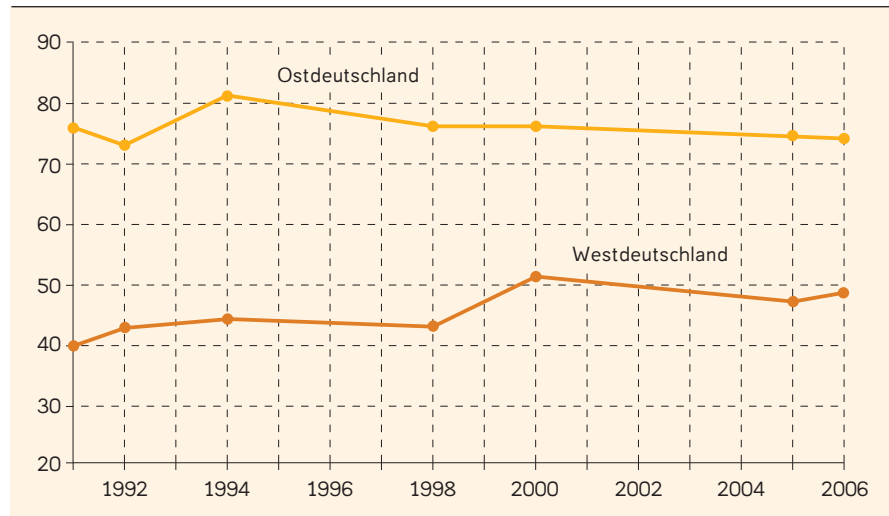
Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2006 im Osten erheblich geringer als im Westen (vgl. Abb. 1). Während im Westen durchschnittlich 62 % der Bürger zufrieden sind, sind es im Osten nur rund 38 %. Bei erheblichen zeitlichen Schwankungen zeichnet sich bisher kein Trend einer Zu- oder Abnahme der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ab, und der Abstand zwischen West- und Ostdeutschen ist in etwa konstant geblieben. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie steigt normalerweise nach einer Bundestagswahl zunächst an, um dann wieder zu sinken. Dieser Anstieg ist nach der Bundestagswahl 2005 im Vergleich zu den vorangegangenen Bundestagswahlen sehr viel geringer ausgefallen. Ob sich hier ein Trend zu einer weiter abnehmenden Zufriedenheit ankündigt, bleibt abzuwarten. → **Abb. 1**

### 14.3.3 Einstellung zum Sozialismus

Warum ist die Unterstützung der Demokratie in Deutschland – als Staatsform und hinsichtlich ihres Funktionierens – im Osten geringer als im Westen? Ein Grund dafür ist vermutlich, dass die Bürger im Osten zwar die Demokratie als Staatsform befürworten, aber mit der Demokratie zum Teil andere Vorstellungen verbinden. Das zeigt sich zum einen an der Einstellung zum Sozialismus. Diese Einstellung wird mit einer Frage nach der Idee des Sozialismus erfasst, um so weit wie möglich einen Bezug zum realsozialistischen System der DDR zu vermeiden. → **Abb. 2**

Aus der Abbildung 2 wird ersichtlich, dass der Sozialismus als Idee über den ge-

**Abb. 2: Einstellung zum Sozialismus<sup>1</sup>, 1991–2006, in %**



<sup>1</sup> »Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.«  
Datenbasis: ALLBUS 1991, 1992, 1994, 1998, 2000, 2006; Bürger und Gesellschaft 2005.

samen Zeitraum von 1991 bis 2006 in Ostdeutschland erheblich stärker befürwortet wird als in Westdeutschland. Während im Westen durchschnittlich auch immerhin 45 % der Bürger den Sozialismus als »eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde« betrachten, sind es im Osten durchschnittlich 76 %. Trotz der negativen Erfahrungen mit dem realen Sozialismus in der DDR halten also rund drei Viertel aller Ostdeutschen den Sozialismus immer noch für eine gute Idee.

### 14.3.4 Verständnis von Demokratie

Weitere Hinweise auf die teilweise unterschiedlichen Erwartungen, die die Bürger im Osten und Westen mit der Demokratie verbinden, bieten empirische Befunde zum Verständnis von Demokratie. Dieses Verständnis ist bei so grundlegenden Merkmalen wie den politischen Freiheiten, dem Mehrparteiensystem und der Gleichheit vor dem Gesetz im Westen und Osten sehr ähnlich. → **Tab. 2**

**Tab. 2: Verständnis von Demokratie, 1992 und 2000**

	West		Ost	
	2000		1992	2000
	»Hat viel mit Demokratie zu tun«			
in %				
Politische Freiheiten, wie z.B. Meinungsfreiheit	86	83	83	83
Mehrparteiensystem	80	80	79	79
Politische Beteiligungsrechte der Bürger	78	-	78	78
Gleichheit vor dem Gesetz	72	72	72	72
Gleiche Rechte für Frauen	67	80	71	71
Größere soziale Gleichheit	54	58	58	58
Mehr Arbeitsplätze, weniger Arbeitslosigkeit	39	68	55	55
Verbesserung der Wirtschaftslage	36	60	45	45
Kontrolle von Banken und privaten Großunternehmen durch Regierung	26	44	40	40

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 1992, 2000.

**Tab. 3: Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Demokratie**

	»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«		»Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.«		»Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.«		»Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.«	
	2005		2006/07		2006		2006	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
in %								
<b>Insgesamt</b>	<b>85</b>	<b>64</b>	<b>89</b>	<b>63</b>	<b>47</b>	<b>74</b>	<b>61</b>	<b>33</b>
<b>Geschlecht</b>								
Männer	86	65	89	64	49	74	61	37
Frauen	85	64	88	62	44	73	61	29
<b>Altersgruppen</b>								
18-34 Jahre	85	66	86	66	43	56	60	34
35-59 Jahre	85	62	89	61	47	74	59	33
60 Jahre und älter	87	69	91	65	49	82	65	33
<b>Berufliche Stellung</b>								
Selbstständige	87	74	92	68	57	58	68	36
Beamte	90	-	-	-	42	-	62	36
Angestellte	87	64	-	-	39	66	-	-
Arbeiter	84	67	-	-	55	75	-	-
Arbeitslose	74	60	80	44	48	84	47	30
Rentner/Pensionäre	86	68	89	63	61	71	-	-
<b>Ideologische Orientierung</b>								
Links	87	65	90	66	53	76	64	33
Mitte	85	65	88	62	49	75	63	35
Rechts	89	65	91	61	39	55	62	36
<b>Parteipräferenz</b>								
Die Linke/PDS	-	55	77	58	78	86	-	-
Bündnis 90/Die Grünen	85	71	92	75	53	55	-	-
SPD	93	79	96	79	53	79	-	-
FDP	86	79	87	88	33	75	-	-
CDU/CSU	89	67	94	80	39	65	-	-

Datenbasis: Bürger und Gesellschaft 2005, European Social Survey – Deutsche Teilstudie 2006/07, ALLBUS 2006, Eurobarometer 2006.

Erhebliche Unterschiede ergeben sich hingegen bei Aspekten, die sich auf die Intervention der Politik in die Ökonomie beziehen. Ein deutlich größerer Anteil der Bürger im Osten betrachtet die Verringerung von Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der Wirtschaftslage und sogar die Kontrolle von Banken und Großunternehmen durch die Regierung als Merkmale einer Demokratie. Dieses Demokratieverständnis hat weniger mit einer liberalen Demokratie zu tun, so wie sie in Deutschland institutionalisiert ist, als mit einem Demokratieverständnis, das auch sozialistische Elemente mit einschließt. Allerdings hat dieses sozialistische De-

mokratieverständnis im Osten im Verlauf der 1990er Jahre abgenommen.

#### 14.3.5 Die Unterstützung der Demokratie in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

In der Tabelle 3 sind die bisher diskutierten Einstellungen zur Demokratie und zum Sozialismus nach Geschlecht, Alter, beruflicher Stellung, ideologischer Orientierung und Parteipräferenz aufgeschlüsselt. Im Westen sind die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen im Großen und Ganzen nur gering ausgeprägt.

Auffällige Unterschiede zeigen sich jedoch zum einen bei den Arbeitslosen, die mit der Form der Demokratie in Deutschland und ihrem Funktionieren unzufriedener sind als der Bevölkerungsdurchschnitt und andere Statusgruppen, und zum anderen bei den Anhängern von Die Linke/PDS, die die Demokratie in Deutschland deutlich skeptischer betrachten und den Sozialismus deutlich positiver sehen als die Anhänger anderer Parteien. → Tab. 3

Auch im Osten ist bei den Arbeitslosen die Zustimmung zur Demokratie unterdurchschnittlich und die Befürwortung des Sozialismus überdurchschnittlich. Be-

merkwürdig ist aber, dass die Zustimmung zum Sozialismus in der Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen erheblich geringer ist als in den anderen Altersgruppen. Wie im Westen besteht auch im Osten bei den Anhängern von Die Linke/PDS eine vergleichsweise geringere Unterstützung der demokratischen Staatsform in Deutschland und eine vergleichsweise stärkere Befürwortung des Sozialismus als bei den Anhängern der anderen Parteien. Im Unterschied zum Westen erweisen sich die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen hier aber weitaus weniger als andere als Befürworter des Sozialismus.

### 14.3.6 Nationale Identität

Jede Demokratie beruht auf einer Gemeinschaft von Bürgern mit einer kollektiven oder nationalen Identität. Das Vorliegen einer nationalen Identität ist eine wichtige Voraussetzung für die politische Kooperation der Bürger und damit für das Funktionieren einer Demokratie. Die Frage ist, inwieweit in Deutschland eine nationale Identität vorliegt, die sowohl die Bürger im Westen als auch im Osten umfasst. Die nationale Identität

wird mit einer Frage nach der Verbundenheit mit Deutschland und seinen Bürgern erfasst. → **Abb. 3**

Im Westen fühlen sich im Zeitraum von 1991 bis 2006 durchschnittlich 72 % der Bürger mit Deutschland verbunden und im Osten sind es durchschnittlich 64 %. Auch wenn es daher nennenswerte Unterschiede im Ausmaß der nationalen Identität zwischen West- und Ostdeutschen gibt, bleibt dennoch festzuhalten, dass sich in beiden Teilen Deutschlands eine klare Mehrheit der Bürger mit Deutschland und seinen Bürgern verbunden sieht. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie in Deutschland gegeben. → **Tab. 4**

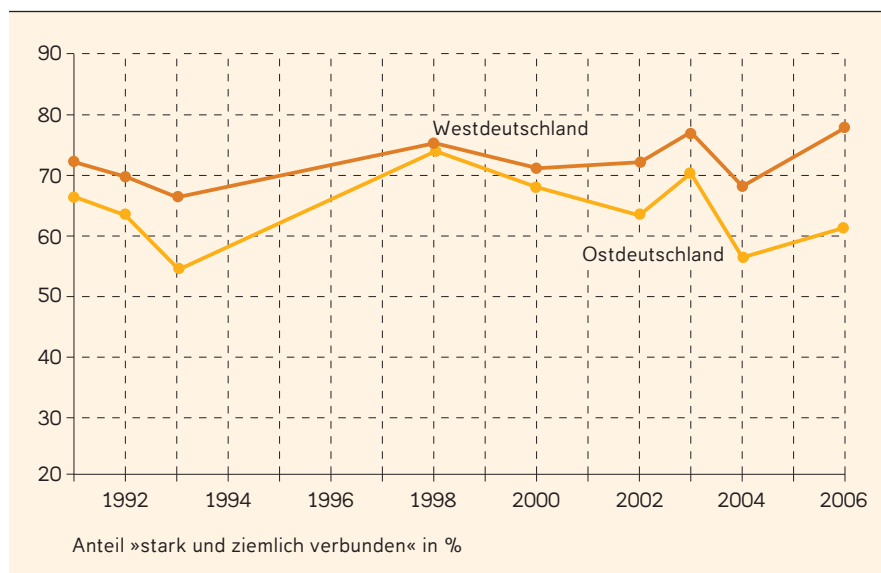
Eine differenziertere Betrachtung ergibt, dass Arbeitslose – vor allem im Osten – sich mit dem Land und seinen Bürgern weniger identifizieren als der Durchschnitt der Bevölkerung. Im Vergleich zu den Anhängern anderer Parteien sind es im Westen die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und im Osten die Anhänger von Die Linke/PDS, die die geringste Verbundenheit mit Deutschland und seinen Bürgern zum Ausdruck bringen.

**Tab. 4: Verbundenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen mit Deutschland**

	»Stark und ziemlich stark mit Deutschland verbunden.«	
	2006/07	
	West	Ost
	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>78</b>	<b>61</b>
<b>Geschlecht</b>		
Männer	78	61
Frauen	77	62
<b>Altersgruppen</b>		
18-34 Jahre	73	67
35-59 Jahre	74	58
60 Jahre und älter	86	63
<b>Berufliche Stellung</b>		
Selbstständige	73	65
Beamte	-	-
Angestellte	-	-
Arbeiter	-	-
Arbeitslose	71	38
Rentner/Pensionäre	86	61
<b>Ideologische Orientierung</b>		
Links	75	61
Mitte	80	65
Rechts	83	66
<b>Parteipräferenz</b>		
Die Linke/PDS	-	46
Bündnis 90/Die Grünen	69	70
SPD	85	73
FDP	89	89
CDU/CSU	89	92

Datenbasis: European Social Survey – Deutsche Teilstudie 2006/07.

**Abb. 3: Verbundenheit mit Deutschland, 1991–2006, in %**



Datenbasis: ALLBUS 1991, 2000; Politische Kulturen 1992, 1993; Trafo-Studie 1998, 2002, European Social Survey 2003, 2004, 2006.

Im Vergleich verschiedener Altersgruppen zeigt sich im Osten die stärkste Verbundenheit mit Deutschland und seinen Bürgern in der jüngsten Altersgruppe. Der Befund, dass es die jüngeren Ostdeutschen sind, die den Sozialismus seltener befürworten und gleichzeitig eine stärkere Verbundenheit mit Deutschland und seinen Bürgern aufweisen, deutet darauf hin, dass sich mit dem Generationenaustausch auch ein Wandel in den politischen Einstellungen – und damit auch eine An-

gleichung des Ostens an den Westen – vollziehen könnte.

### 14.3.7 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im europäischen Vergleich

Wie ist die empirische ermittelte Unterstützung der Demokratie in Deutschland einzuschätzen? Darüber kann ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern Aufschluss geben. Entsprechende Daten liegen für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie vor. → **Tab. 5**

Nach diesem Vergleich rangiert Westdeutschland etwas unterhalb des westeuropäischen Durchschnitts. Wenn man aber nur die großen westeuropäischen Länder heranzieht, dann ist die Zufriedenheit etwa so groß wie im Vereinigten Königreich und größer als in Italien und Frankreich.

Demgegenüber liegt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Ostdeutschland nicht nur erheblich unter dem durchschnittlichen Niveau der westeuropäischen Länder, sondern sogar auch unter dem der osteuropäischen Länder. Unter den insgesamt betrachteten Ländern weisen nur fünf Länder eine geringere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ihres Landes auf als Ostdeutschland.

Diese auch vergleichsweise sehr skeptische Einstellung der ostdeutschen Bürger gegenüber der Demokratie in Deutschland ist zum einen auf deren andere Demokratievorstellungen zurückzuführen, die von der in Deutschland institutiona-

**Tab. 5: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land, 2006**

	in %
Dänemark	94
Luxemburg	86
Irland	78
Österreich	78
Finnland	77
Schweden	76
Niederlande	75
Spanien	74
Belgien	68
Zypern	65
Vereinigtes Königreich	62
<b>Westdeutschland</b>	<b>61</b>
Italien	56
<b>Deutschland, insgesamt</b>	<b>55</b>
Griechenland	54
Malta	53
Frankreich	47
<b>Ostdeutschland</b>	<b>33</b>
Portugal	32
<i>Durchschnitt Westeuropa</i>	<i>66</i>
Tschechische Republik	58
Slowenien	56
Ungarn	46
Estland	44
Lettland	42
Polen	39
Rumänien	27
Litauen	25
Slowakei	24
Bulgarien	23
<i>Durchschnitt Osteuropa</i>	<i>38</i>

Datenbasis: Eurobarometer 2006.

lisierten Demokratie abweichen. Sie sind zum anderen dadurch zu erklären, dass die Bürger im Osten Deutschlands ihre Interessen immer noch zu wenig berücksichtigt sehen.

